

Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V.



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Frau Ministerin Julia Klöckner

11055 Berlin

1. Vorstand

Dr. Peter Blanche

peter.blanche@gzsdw.de

2. Vorstand

Prof. Dr. Peter Schmiedtchen

peter.schmiedtchen@gzsdw.de

www.gzsdw.de

24.07.2021

Offener Brief zum „härteren“ Umgang mit dem Wolf

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in einem Statement Ende Juni diesen Jahres haben Sie angekündigt, im anstehenden Bundestagswahlkampf für einen härteren Umgang mit dem Wolf zu werben. „Die CDU wolle sich nicht mit den wachsenden Problemen auf dem Land abfinden“.

Dabei verschweigen Sie Ihren Wählern, dass es tatsächlich nur zwei Alternativen für den „Umgang mit dem Wolf“ gibt: **Konsequente Ausrottung des Wolfes oder konsequenten Herdenschutz.**

Gegenüber der "Neuen Osnabrücker Zeitung" haben Sie weiter erklärt, dass in einigen Bundesländern, z. B. in Niedersachsen, ein "guter Erhaltungszustand beim Wolf erreicht" sei. Auch hier verschweigen Sie, dass die EU den Erhaltungszustand beim Wolf völlig anders einschätzt und erst kürzlich den höchsten Schutzstatus für den Wolf bestätigt hat. Des Weiteren hat die Europäische Kommission ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des § 45 a des Bundesnaturschutzgesetzes, der die Fortführung des Abschusses „von einzelnen Mitgliedern des Wolfsrudels in engem räumlichem und zeitlichem Zusammenhang mit bereits eingetretenen Rissergebnissen auch ohne Zuordnung der Schäden zu einem bestimmten Einzeltier bis zum Ausbleiben von Schäden“ erlaubt, eingeleitet. Diese Regelung im § 45 a ist nach Ansicht der EU-Kommission nicht mit der FFH-Richtlinie vereinbar,

Eine sogenannte „Regulierung“ der Wolfsbestände oder „wolfsfreie Zonen“ sind nicht praktikabel. Wenn Wölfe ein Territorium als geeignet für die Ansiedlung bewertet haben, können Sie ganze Rudel abschießen lassen – im nächsten oder spätestens übernächsten Jahr werden andere Wölfe dieses Territorium wieder neu besiedeln. Ohne funktionierenden Herdenschutz beginnen die Übergriffe erneut. Die Erfahrung - u. a. aus den USA - zeigt außerdem, dass die Entnahme einzelner Tiere aus dem Familienverband häufig zu vermehrten Übergriffen auf Nutztiere führt.

Das heißt nicht, dass auffällige Tiere; die z. B. die die Scheu vor Menschen verloren oder mehrfach **funktionierende** Herdenschutzmaßnahmen – bei den meisten Übergriffen war der Herdenschutz gar nicht vorhanden oder unzureichend - überwunden haben, nicht entnommen werden sollten. Aber bitte nicht wie in Niedersachsen, wo wahllos geschossen und auch Jungtiere, die mit den Rissen nicht in Verbindung stehen, getötet werden!



Weiter warnen Sie vor einer unkontrollierten Vermehrung der Wölfe. Es befremdet uns, dass Sie damit die Ängste der Menschen schüren, obwohl Ihnen die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse aus den Wolfsmonitoring-Berichten, z. B. aus dem von Sachsen-Anhalt 2019/20, bekannt sein sollten:

Gemäß dem zitierten Bericht ist die durchschnittliche Reproduktionsleistung der Rudel von 4,3 Welpen im Monitoringjahr 2016/17 kontinuierlich gesunken auf 2,84 im Monitoringjahr 2019/20. Das lässt auf eine einsetzende Selbstregulierung der Wolfsbestände schließen.

Die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe setzt sich seit der Rückkehr der Wölfe nach Deutschland für ein Miteinander von Mensch und Wolf ein, verkennt aber auch nicht, dass für einige Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel die Nutztierhalter, sich die Arbeits- und Lebensbedingungen mit dieser Rückkehr massiv verändert haben. Deshalb konzentriert sich die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe in ihrer Arbeit neben der Unterstützung eines flächendeckenden Wolfsmonitorings in den Wolfs- und Wolfserwartungsgebieten und der Aufklärungsarbeit zum Thema Wolf, auf die Unterstützung der Nutztierhalter. Unter dem Motto „**Herdenschutz ist Wolfsschutz**“ arbeiten wir an der Entwicklung und Umsetzung effizienter, bezahlbarer Schutzmaßnahmen für deren Tiere.

So hat die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe in Sachsen-Anhalt sowohl personell, als auch finanziell die Gründung einer „Interessengemeinschaft Herdenschutz plus Hund“ (<https://herdenschutz-plus-hund.de/>) unterstützt. Die Mitglieder dieser Interessengemeinschaft halten ihre Nutztiere in Wolfsgebieten und haben gelernt, mit dem Wolf zu leben – durch konsequenten Herdenschutz, sowohl technisch, als auch mit Herdenschutzhunden vermeiden sie Nutztierrisse. Das Land Sachsen-Anhalt fördert inzwischen den Unterhalt von Herdenschutzhunden. Voraussetzung ist eine Prüfung gemäß einer vom Land anerkannten Prüfungsordnung der „Interessengemeinschaft Herdenschutz plus Hund“. Damit dürfte nun auch in Sachsen-Anhalt die Praxis, die Anschaffung oftmals nicht funktionierender Hunde zu völlig überhöhten Preisen zu fördern, der Vergangenheit angehören.

Übrigens fand am 15.07.21 auf Bitte eines Schäfers die erste Prüfung von Herdenschutzhunden in Bayern durch die „Interessengemeinschaft Herdenschutz plus Hund“ statt. Die Prüfung ist auf großes Interesse gestoßen, nicht nur bei Vertretern bayrischer Institutionen, die sich mit dem Wolf beschäftigen, sondern auch aus Thüringen und Baden-Württemberg. Das Bayerische Fernsehen und der Rundfunk berichteten.

Sehr geehrter Frau Ministerin Klöckner,

ich lade Sie ein, in Ihrem Wahlkampf Betriebe der „Interessengemeinschaft Herdenschutz plus Hund“ in Sachsen-Anhalt zu besuchen und sich über die funktionierende Koexistenz mit dem Wolf zu informieren. Gern vermittele ich Ihnen hierfür Kontakte und Termine und stehe Ihnen auch als Diskussionspartner zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Prof. Dr. Peter Schmiedtchen

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Peter Schmiedtchen
peter.schmiedtchen@gzsdw.de
Mobil: 0160 6362370